

auszuschaffenden Menschen ein und nicht für das Ausschaffungsrecht. Über das Für und Wider der Ausschaffung könnten die Meinungen weit auseinandergehen.

Aber es dürfe keine Meinungsunterschiede darüber geben, „dass die Ausschaffungspraxis den Grundsätzen der Humanität ohne Wenn und Aber genügen muss“.

Laut SEK-Sprecher Simon Weber geht es bis zum Ende des Jahres „noch darum, einen Weg zu finden, wie das Fachgremium und das völkerrechtliche Vollzugsmonito-

ring ohne den Kirchenbund weiter funktionieren können“. Das Mandat sei befristet und werde nicht weitergeführt.

Rebecca Vermot

## SCHWEIZ - KURZ NOTIERT

**Die Schweiz lässt sich ihre Armee in Zukunft noch mehr kosten.** Ende September erhöhte das Parlament das Budget um eine Milliarde auf fünf Milliarden Franken (vier Milliarden Euro) pro Jahr. Damit sollen auch neue Kampfflugzeuge finanziert werden. Die Mehrausgaben müssen anderswo eingespart werden. Am ehesten kommen Abstriche bei den Budgets für Infrastruktur, Bildung und bei der Entwicklungshilfe in Frage. Erst im Februar hatte das Parlament das Budget für die Entwicklungshilfe für 2011 und 2012 um 640 Millionen Franken erhöht. Diese Entscheidung steht nun auf der Kippe. „Es steht zu befürchten, dass das neue Parlament nicht bereit ist, beides zu finanzieren“, schreibt Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud, der Lobbyorganisation der sechs großen Schweizer Hilfswerke, im Editorial der Zeitschrift Global+. Es wird erwartet, dass der Bundesrat im Dezember ein Sparprogramm vorlegt, um die Mehrausgaben für die Armee zu kompensieren. (bua)

**Söldnerfirmen sollen in der Schweiz verboten werden.** Der Bundesrat, die Schweizer Regierung, hat dazu einen Gesetzentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Parteien, Verbände und Interessierte können nun bis Ende Januar zu den Vorschlägen Stellung nehmen. Für private Firmen, die in Konfliktgebieten tätig sind, schlägt der Bundesrat unter anderem folgende Regeln vor: Die „unmittelbare Teilnahme an Feindseligkeiten im Rahmen eines bewaffneten Konflikts im Ausland“ soll untersagt werden. Verboten will der Bundesrat den Firmen auch, zu solchen Zwecken in der Schweiz Sicherheitspersonal zu rekrutieren, auszubilden oder zu

vermitteln. Noch bis vor kurzem wollte der Bundesrat nichts von strengeren Regeln für private Sicherheitsfirmen wissen. Medienberichte über die britische Aegis Group, die 2010 den Sitz ihrer Holding nach Basel verlegt hatte, haben das geändert. Aegis ist eine der weltweit größten Sicherheitsfirmen und in Konflikt- und Kriegsgebieten wie Afghanistan oder Irak tätig. Sie arbeitet auch für die Schweiz: Wenige Tage nach Bekanntgabe des Gesetzentwurfes hat der Bundesrat die Firma beauftragt, mindestens für die nächsten drei Monate die Schweizer Botschaft in Tripolis zu schützen. Aegis habe sich verpflichtet, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten, teilte das Auswärtige Departement mit. (bua)

**Im Kampf gegen den Drogenhandel sucht die Schweiz den Austausch mit der nigerianischen Polizei.** Im September und Oktober

sind erstmals sieben nigerianische Beamte mit Kollegen in den Kantonen Genf, St. Gallen und Zug auf Patrouille gegangen. Der Fokus des Pilotprojekts lag auf dem Kokainhandel. Marc Elsaesser, Chef der Task Force Nigeria beim Bundesamt für Migration, betont, die nigerianischen Anti-Drogen-Agenten hätten „mit Kompetenz, Integrität, ihrem großen Interesse und ihrem strategischen Blick“ beeindruckt. Die Bevölkerung habe ebenfalls gut auf den Pilotversuch reagiert. Unter anderem sei es „um ein gegenseitiges Kennenlernen sowie um die Vermittlung der schweizerischen Polizeiarbeit“ gegangen. Der Austausch entstand im Rahmen des Migrationsabkommens, das Nigeria und die Schweiz im Februar 2011 unterzeichnet hatten. Der Kampf gegen Drogen ist eines der zentralen Anliegen. (bua)

**Die Schweiz und die Republik Guinea haben ein Migrationsabkom-**

**men unterzeichnet.** Damit will die Schweiz sicherstellen, dass abgewiesene Asylbewerber aus Guinea in das afrikanische Land zurückgeschickt werden können. Im Gegenzug solle Guinea Unterstützung bei der Wiedereingliederung der Rückkehrer und im Kampf gegen Menschen schmuggeln erhalten, teilte das Justizdepartement mit. Geplant sind auch Sensibilisierungskampagnen über die Risiken der illegalen Migration. Guinea ist nach Benin und Nigeria der dritte afrikanische Staat, mit dem die Schweiz ein Migrationsabkommen geschlossen hat. Der Vertrag mit Guinea soll als Vorbild für weitere Abkommen dienen. Im Gegensatz zu den bestehenden 47 Rückführungsabkommen sind die Migrationsabkommen betont partnerschaftlich gehalten. Sie berücksichtigen „die Anliegen beider Vertragsparteien, was insbesondere der Umsetzung der Rückübernahme dienlich ist“, schreibt das Justizdepartement. (bua)

## ÖSTERREICH

# Aus Nigeria auf den Wiener Straßenstrich

Regierung bleibt hilflos gegenüber Mädchen- und Frauenhandel aus Afrika

**Laut Schätzungen gibt es rund 100.000 Prostituierte aus Nigeria in Europa. In Österreich sind es mehrere tausend. Viele von ihnen werden von Schmugglern nach Europa gebracht und in die Prostitution gezwungen. Das Problem ist seit langem bekannt, doch eine 2004 vom Außenministerium in Wien eingerichtete Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels hat bisher kaum Erfolge erzielt.**

Die Frauen kommen vor allem aus dem Süden von Nigeria. „Sie werden von Agenten vermittelt, die ihnen üppige Weiden versprechen“, sagt Grace Osakue, Gründerin der feministischen Organisation Girls' Power International (GPI) in Benin-Stadt, Nigeria. „Stattdessen finden sie dann Lohnknechtschaft“, so die Aktivistin auf einer Veranstaltung zum Thema Sex-Sklaverei Mitte November in Wien.

Die meist jugendlichen Nigerianerinnen haben bereits horrenden Schulden bei Schleppern und Agenten angehäuft, wenn sie in Europa ankommen. Die „Madame“, die sie dann unter ihre Fittiche nimmt, kassiert ihre Papiere und praktisch die gesamten Einnahmen, die sie auf der Straße erwirtschaften. Girls' Power International bemüht sich in erster Linie um Prävention, so Osakue. Die Organisation versucht, die Mäd-

chen und Frauen in Nigeria vor den falschen Versprechungen der Menschenhändlern zu warnen. In der Stadt gebe es nur noch wenige, die die Geschichten der Agenten glaubten, doch auf dem Land ließen sich noch immer viele Mädchen – aber auch deren Eltern – das Märchen vom profitablen Job in Europa aufschwätzen. Es gebe aber auch Eltern, die ihre halbwüchsigen Töchter bewusst in die Prostitution schickten. „Früher bekam man zur Pensionierung etwas Geld, um ein Haus zu bauen“, sagt Grace Osakue. Heute müssten oft die Kinder für die Alterssicherung sorgen.

### Der Opferschutz wurde verbessert, aber nicht genug

In Österreich hat die Regierung 2004 eine Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet, in der alle befassten Ministerien sowie einschlägige nichtstaatliche Organisationen vertreten sind. Elisabeth Tichy-Fisslberger, die Koordinatorin der Task Force, räumt ein, dass die Erfolge bisher bescheiden sind. Eine Hotline, über die man auch anonym Informationen liefern kann, erleichtert es sowohl den Frauen, die sich illegal im Land aufhalten, als auch Freiern, ihre Beobachtungen mitzuteilen. Allerdings seien bisher kaum Menschenhändler verurteilt worden.

Evelyn Probst von der Organisation LEFÖ, die Mitte der 1990er Jahre zur Unterstützung lateinamerikanischer Migrantinnen gegründet wurde, begrüßte die Verbesserung des Opferschutzes in der österreichischen Gesetzgebung. Frauen, die als Zeuginnen gegen Menschenhändler aussagen wollen, bekommen seit einigen Jahren humanitären Aufenthalt, doch meist nur für 30 Tage. Dann werden sie abgeschoben. Das sei viel zu wenig, sagt Probst.

Helga Konrad, ehemalige Beauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), forderte als Beweis für den politischen Willen der Regierung ausreichende fi-

nanzielle Mittel. Mit Arbeitsgruppen, in denen nur Erfahrungen ausgetauscht würden, könne man den Frauenhandel nicht eindämmen. Ein bilaterales Abkommen mit Nigeria, das Österreich anstrebt, befasse sich in erster Linie mit den Rahmenbedingungen für Abschiebungen. Damit werde man den Händlern nicht das Handwerk legen, sagte Konrad.

Prostitution gehört in Österreich zu den wenigen Beschäftigungen, denen Asylbewerberinnen ohne Arbeitsgenehmigung nachgehen können. Allerdings verbietet ein seit November geltendes Gesetz in Wien die Straßenprostitution in bewohnten Gebieten, abgesehen von wenigen genau festgelegten „Erlaubniszonen“. Frauenstadträtin Sandra Frauenberger (SPÖ) argumentiert: „Die Prostitution soll sich in Richtung Indoor verlagern.“ Statt auf der Straße soll der Kontakt vornehmlich in Bars stattfinden. Kritiker wenden ein, damit würden Sexarbeiterin-



nen in städtische Randgebiete gezwungen, wo sie weniger geschützt sind.

Österreich ist sowohl Transit- als auch Zielland von Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung. Nur vier Prozent der aktuell 2200 in Wien registrierten Sexarbeiterinnen sind Einheimische. Die meisten kommen aus Rumänien (29 Prozent), gefolgt von Ungarn,

**Bordell in Lagos. Frauen aus Nigeria zählen zur größten Gruppe ausländischer Prostituierten in Europa.**

TON KOENE/LINEAIR

Bulgarien, der Slowakei und Nigeria. Man kann davon ausgehen, dass auf dem etwa doppelt so großen illegalen Strich ausschließlich Ausländerinnen arbeiten.

Ralf Leonhard

## KIRCHE UND ÖKUMENE

# Fairer Handel ist oft nur ein Lippenbekenntnis

Kirchliche Einrichtungen verwenden selten ökofaire Nahrungsmittel

**Trotz gegenteiliger Beschlüsse kaufen kirchliche Einrichtungen nur selten ökologisch produzierte und fair gehandelte Nahrungsmittel ein. Zu diesem Schluss kommt eine gemeinsame Studie von „Brot für die Welt“ und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).**

An Synodenbeschlüssen und Absichtsbekundungen herrscht kein Mangel. Bereits 2002 hatte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) alle Gemeinden sowie sämtliche evangelischen und diakonischen Einrichtungen aufgefordert, fair gehandelte Produkte einzukaufen. Diese Aufforderung hat sie 2006, 2009 und 2010 wiederholt. Doch die Beschlüsse sind offenbar das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, zeigt eine Studie von „Brot für die

Welt“ und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) von Anfang November. Kaum zehn Prozent der in Kirchen und diakonischen Einrichtungen verwendeten Produkte sind ökologisch produziert und fair gehandelt.

„Der Ruf der Kirchen nach einer gerechten Wirtschaftsweise und einem nachhaltigen Lebensstil richtet sich nicht nur an andere, sondern zunächst an sie selbst“, sagt Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Direktorin von „Brot für die Welt“. „Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und des klugen Einsatzes der eigenen Marktmacht.“ Kirchliche Einrichtungen wie evangelische Krankenhäuser, Akademien, Tagungsstätten oder Kindergärten blieben in ihrem Einkaufsverhalten weit hinter

dem zurück, was sozial und ökologisch für eine zukunftsfähige Kirche und eine gerechte Weltwirtschaft notwendig wäre, lautet das Fazit der Studie. „Ökofaire Beschaffungspraxis in Kirche und Diakonie“.

### Abwägung zwischen Ethik und wirtschaftlichen Zwängen

Fast 766 Millionen Euro geben beispielsweise die stationären Einrichtungen der Diakonie pro Jahr für Lebensmittel aus. Der Anteil an biologisch angebauten oder fair gehandelten Produkten ist trotz vermehrter Anstrengung verschwindend gering. Für mehr als zwei Drittel der Einrichtungen wird er auf unter zehn Prozent geschätzt. „Noch immer findet in den Kirchen eine Abwägung zwischen ethischem Anspruch und